



SPD VOR ORT

Stadtteilzeitung der SPD Sillenbuch · Heumaden · Riedenberg

Ausgabe 01 · Feb. 2011

Internet: www.spd-sillenbuch.de



SPD ehrt langjährige Mitglieder

■ Auf der Jahresabschluss- und Weihnachtsfeier des SPD Ortsvereins Sillenbuch-Heumaden-Riedenberg im Dezember 2010 gab es viele Gründe zum Feiern.

Sechs Genossinnen und Genossen wurden für ihre langjährige Parteimitgliedschaft geehrt – insgesamt kamen so 225

zu ehrende Jahre SPD-Mitgliedschaft zusammen. Die geehrten Genossinnen und Genossen sind Gerdi Storz für 25 Jahre Mitgliedschaft, sowie Helga Straile, Adolf Scholpp, Susanne Münzel, Gisela Müller und Hans-Georg Müller für jeweils 40 Jahre Parteimitgliedschaft. An dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Glückwunsch an alle Geehrten!



Helga Straile · Adolf Scholpp · Lena Zimmermann · Gisela Müller · Hans-Georg Müller · Susanne Münzel · Volker Haag (v.l.n.r.)

Eine neuer ortsgeschichtlicher Band ist im Entstehen

■ 1937 verloren Heumaden und Sillenbuch ihre Selbstständigkeit und wurden in die Stadt Stuttgart eingemeindet. 1942 wurde Riedenberg, zusammen mit Birkach und weiteren Filialorten, das gleiche Schicksal zuteil. Schließlich fasste man die drei Orte 1947 zu einem Stuttgarter Stadtbezirk zusammen.

Im kommenden Jahr also jähren sich diese für uns wichtigen historischen Ereignisse zum 75., zum 70. und zum 65. Mal. Grund genug, über die Vergangenheit und über die Entwicklung unserer Wohnorte nachzudenken.

Aus diesem Anlass beabsichtigt der Sillenbacher Historiker Dr. Hans-Georg Müller die Reihe seiner Veröffentlichungen über Heumaden, Riedenberg und Sillenbuch um einen weiteren Band zu ergänzen, in dem vor allem die Entwicklung von den selbstständigen Gemeinden bis zu dem heutigen Stadtbezirk nachgezeichnet wird. Darin sollen die kommunalpolitischen und die soziologischen Strukturen damals und heute behandelt und deren Veränderungen bis heute aufgezeigt werden. Die Vergangenheit wird durch zahlreiche Fotos, Karten und Pläne veranschaulicht werden.

Interims-Bücherei in Heumaden – wir bleiben dran!

■ Der Bau des geplanten Bürgerzentrums mit einer Stadtteilbücherei ist zeitlich verschoben worden. Die „Lokale Agenda Sillenbuch“ hat daraufhin die Einrichtung einer „Übergangsbücherei“ (im ehemaligen Drogerie Godel-Laden in Heumaden) erkundet und das Projekt planerisch bestens vorbereitet.

Der gesamte Sillenbacher Bezirksbeirat hat das Vorhaben in einem interfraktionellen Antrag einstimmig befürwortet. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat zur Unterstützung dieses Projekts auch noch einen entsprechenden Antrag gestellt. Enttäuschende Reaktion der Stadt: Tolles Engagement der Bürgerinnen und Bürger – leider sei kein Geld da (30.000 € jährliche Kosten)! Der bisher bestehende Bücherbus reicht doch, oder? Nein, sagen wir ganz deutlich! Die geplante Interims-Bücherei wäre weit mehr als das „rollende Bücherausleihsystem Bücherbus“, sie könnte auch ein wichtiger Ort der Begegnung sein! Wir Sozialdemokraten werden daher weiter energisch für dieses Projekt im Bezirks- und Gemeinderat kämpfen.

Für Sie aktiv vor Ort

Vorsitzende des SPD Ortsvereins Sillenbuch Heumaden Riedenberg:

■ Lena Zimmermann

E-Mail: LenaCZimmermann@web.de

Telefon: 0711/479 79 83

SPD-Betreuungsstadtrat für den Stadtbezirk Sillenbuch:

■ Ergun Can

E-Mail: ergun.can@stuttgart.de

Telefon: 0711/765 74 35

Weitere Informationen unter:
www.spd-sillenbuch.de

Ein Sillenbacher für den Landtag

Bildung, soziale Gerechtigkeit und Umwelt sind die politischen Schwerpunkte des 29-jährigen Physikers Matthias Tröndle.

Der Sillenbacher Matthias Tröndle tritt bei der kommenden Landtagswahl für die SPD im Wahlkreis Stuttgart II an, zu dem auch unser Stadtbezirk gehört. „Die Interessen der Filder-Stadtbezirke im Landtag zu vertreten, das ist mein Ziel“, so Tröndle, der sich bereits seit einigen Jahren als Vorsitzender der Filder-Jusos für ein gutes Leben in den Stadtbezirken stark macht. „Auf den Fildern anzutreten ist für mich selbstverständlich, denn schließlich wohne ich hier und arbeite in Büsnau“, so Tröndle. Der gebürtige Lörracher hat an den Universtitäten Basel und Stuttgart Physik studiert und schreibt gerade am Max-Planck-Institut seine Doktorarbeit über „kritische Casimir-Kräfte“. „Ich betrachte Flüssigkeiten theoretisch“, beschreibt der Wissenschaftler seine Arbeit. Seit knapp zehn Jahren ist der verheiratete Hobby-Brettspieler politisch aktiv.



Matthias Tröndle · SPD-Kandidat im Wahlkreis Stuttgart II

„Meine Motivation für die Politik ist, die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft zu beseitigen“, so Tröndle. „Wie kann es sein, dass ein reiches Land wie das unsere immer noch Kinder unabhängig von ihrer Begabung, aber abhängig von ihrer sozialen Herkunft, systematisch von guter Bildung ausgrenzt?“. Baden-Württemberg brauche helle Köpfe und dürfe deshalb kein Kind außen vor lassen, sondern müsse statt-

dessen allen die beste Bildung bieten. „Die internationalen Studien zeigen deutlich, dass längeres gemeinsames Lernen bei allen Kindern zu höherer fachlicher und sozialer Kompetenz führt“, so Tröndle. Außerdem müsse Bildung als unser höchstes Gut allen kostenfrei zur Verfügung stehen. „Wir werden die Studiengebühren abschaffen und die Krippen und Kindergärten gebührenfrei anbieten“, beschreibt Tröndle Ziele einer SPD-Regierung.

Tröndle fordert auch ein Umdenken in der Energiepolitik. Sinnvoll sei eine dezentrale Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien und die Einhaltung des Atomausstiegs. „Es kann nicht sein, dass die Menschheit in wenigen Jahrzehnten einen Großteil der Rohstoffe dieser Welt verbraucht und die Grünflächen restlos versiegelt“, so Tröndle. Deshalb fordert er den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs. „Aber Mobilität und Wohnraum müssen für alle bezahlbar bleiben“, so Tröndle, der Wandel müsse sozial gerecht vollzogen werden.

Matthias Tröndle · 29 Jahre · verheiratet · evangelisch · Beruf: Physiker · Wohnort: Sillenbuch · www.matthias-tröndle.info

Die neue Zeit braucht neue Ziele. 10 Gründe für Ihre Wahlentscheidung am 27. März 2011.



Dejan Perc · Matthias Tröndle · Ruth Weckenmann · Martin Körner (v.l.n.r.)

1. Für gerechte Bildungschancen

Ohne Gebühren, vom Kindergarten bis zur Uni. Mit verlässlicher Sprachförderung im 1. Kiga-Jahr. Längeres gemeinsames Lernen und Schulsozialarbeit an allen Schulen.

2. Für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verlässliche, planbare und bessere Betreuungsangebote. Mit genug Plätzen für Kleinkinder, Ganztageschulen mit gesundem Mittagessen und freier Wahl zwischen G8 und G9.

3. Für höhere Wertschätzung von Arbeit – auch finanziell

Anständige und leistungsgerechte Bezahlung sicherstellen durch Tariftreue. Eindämmung der Leiharbeit und Einführung von generellen Mindestlöhnen.

4. Für bezahlbaren Wohnraum

Junge Familien brauchen bezahlbare Wohnungen gerade in Stuttgart – wir stärken die Wohnraumförderung.

5. Für stabile kommunale Finanzen

Wir erhalten die Gewerbesteuer und lassen die Städte nicht im Regen stehen.

6. Für echte leistungsgerechte Besteuerung

Wir bekämpfen Steuerhinterziehung und nutzen die Steuer-CDs. Personal in der Steuerverwaltung wird nicht weiter abgebaut.

7. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung

Wir steigen aus der Atomenergie aus und stellen die Weichen für umweltfreundlichen Strom.

8. Für eine bürgernahe Polizei

Wir stoppen den Personalabbau bei der Polizei. Eine Streife mehr pro Revier stärkt die Sicherheit - nicht härtere Gesetze.

9. Für eine echte Integration aller, die hier wohnen

Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Statt Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit braucht es gleiche Lebens- und Bildungschancen.

10. Für den Wechsel. Für ein soziales und modernes Stuttgart.

Lesen Sie mehr im Internet unter: www.warumspd.de

Zeitenwende in Baden-Württemberg

Beim Jahresempfang 2011 der SPD Stuttgart konnten Kreischef Andreas Reißig und die Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind den SPD-Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid im Rathaus begrüßen. Der Spitzenkandidat sprach über eine Zeitenwende für Baden-Württemberg, bei der die SPD neue Wege gehen wolle.



Schulpolitisch gehe es darum, „allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung zu sichern“. Dazu seien mehr Ganztagschulen und Sozialarbeiter nötig. Wirtschaftlich will der SPD-Chef das Land zu einem „Musterländle für nachhaltige Mobilität“ machen und die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zurücknehmen. Diese Verlängerung schade der heimischen Industrie, „weil unsere Tüftler daran nichts verdienen, sondern ihre längst entwickelten Windräder nicht mehr absetzen können“.

„Wir möchten die Leih- und Zeitarbeit stärker regulieren“, betonte Nils Schmid im voll besetzten großen Sitzungssaal. Auch der Auflösung von Tarifverträgen werde seine Partei nicht länger zusehen, denn „wir wollen nicht die begünstigten, die mit Dumpinglöhnen unterwegs sind“. Schmid sprach sich für ein Tariftreugesetz aus, das „auch die redlichen Handwerker schützt“.

Nils Schmid warnte auch vor einem Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft: „Die soziale Idee ist aktueller denn je, weil auch die Gesellschaft von morgen den gemeinsamen Zusammenhalt braucht.“

Dr. Roswitha Blind Vorsitzende der SPD Gemeinderatsfraktion · Dr. Nils Schmid Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg · Andreas Reißig Vorsitzender der SPD Stuttgart

Stadtwerke Stuttgart

Eckpfeiler für Kommunale Daseinsvorsorge

Im Juni 2010 hat der Gemeinderat den wichtigen Beschluss gefasst, die Wasserversorgung in Stuttgart wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Er hat gleichzeitig beschlossen zu prüfen, ob es sinnvoll ist, neue Stadtwerke zu gründen. Möglich macht dies das Ende der Laufzeit der Konzessionsverträge Ende 2013. Sie räumen bisher der EnBW das Recht ein, in Stuttgart Leitungsnetze zu bauen und zu betreiben.

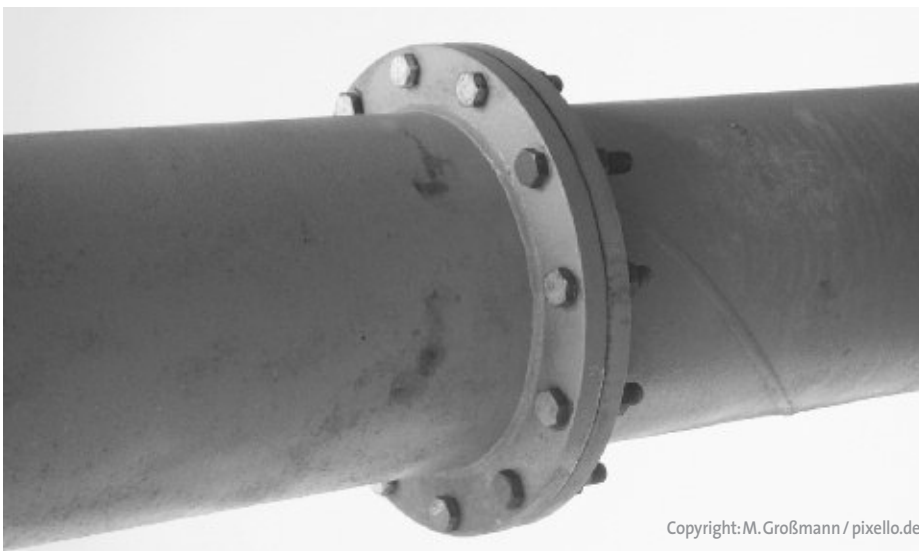
Der Rückerwerb der „Lebensadern“ der Stadt, zehn Jahre nach dem Verkauf der Neckarwerke Stuttgart (NWS), war auf

Initiative der SPD bereits im Kommunalwahlkampf ein zentrales Thema. Auch eine Bürgerinitiative hatte erfolgreich Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Angesichts von Liberalisierung und Globalisierung immer größerer Lebensbereiche müssen wir darauf achten, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen nicht ihrer demokratischen Einflussnahme entzogen werden. Dies gilt für die Wasserversorgung. Und dies gilt auch für eine dezentrale Energieversorgung auf regenerativer Basis. Die Bereitstellung umweltfreundlich erzeugter Energie wird in Zeiten des Klima-

wandels zunehmend auch zu einer Aufgabe der Städte und Gemeinden. Sie sind vor Ort. Ihnen trauen die Bürger noch am ehesten „über den Weg“.

Politisches Ziel der SPD in Stuttgart ist es, unsere Stadt und ihre Bürger schon in wenigen Jahren mit ausschließlich ökologisch erzeugter Energie zu versorgen. Weltklimakonferenzen dürfen nicht nur Papiere erzeugen. Entscheidend sind handfeste Ergebnisse. Stadtwerke können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Inzwischen hat der vom Gemeinderat beauftragte Gutachter seine Empfehlungen präsentiert. Es zeigt sich, dass die Gründung von Stadtwerken für die Stadt auch ökonomisch sinnvoll ist.

Wie geht es weiter? In den nächsten Monaten werden die Details eines Geschäftsmodells geklärt. Dann muss der Gemeinderat endgültig entscheiden. Es folgen die notwendigen Verhandlungen. In diesem Zusammenhang darf man gespannt sein, wie das Land, das seit dem „Mappus-Deal“ einflussreichster Aktionär der EnBW ist, seine neue Rolle versteht. Wird es die Gemeinden unterstützen, oder ausschließlich der Atomenergie die Stange halten? Spätestens nach der Landtagswahl wird auch darüber Klarheit bestehen.



Copyright: M. Großmann / pixello.de

Zusammenbringen, was zusammen gehört: Die Wasserversorgung soll wieder in kommunale Hand.

Manfred Kanzleiter

Wohnungsbau nach Münchner Vorbild

Wohnen in Stuttgart ist teuer. Gute Wohnungen zu vernünftigen Preisen sind Mangelware. Auf den teuren Stuttgarter Grundstücken bauen Investoren luxuriöse Wohnungen, die sich die meisten Stuttgarter nicht leisten können. Jahr für Jahr gibt es weniger Sozialwohnungen, denn sie sind nur eine bestimmte Zeit lang Sozialwohnungen, anschließend können sie auf dem freien Markt vermietet oder verkauft werden. Alle Förderprogramme für bezahlbaren Wohnraum setzen Grundstückspreise voraus, die es in Stuttgart nicht gibt.

Da lohnt sich der Blick nach München. Wo auch immer in München neues Baurecht geschaffen wird, da muss der Investor 30% seines Grund und Bodens zu einem verbilligten Preis zur Verfügung stellen, und dort müssen Sozialwohnungen oder andere preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Neues Baurecht führt fast immer zu hohen Bodenwertsteigerungen. So ist es fair, wenn ein Teil



Copyright: picture alliance
Unser Ziel: Preiswertes Wohnen durch das Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell.

dieses Gewinns abgeschöpft wird, zugunsten des Gemeinwohls. Nach jahrelangem, hartnäckigem Bohren ist es der SPD-Gemeinderatsfraktion nun gelungen, dass das Münchner Modell auf Stuttgart übertragen wird. Auch Stuttgarter Investoren werden in Zukunft einen Teil ihres Grundstücks verbil-

ligen und dort preiswerte Wohnungen schaffen – „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ (SIM) nennt sich dies. So entstehen auch wieder sozial gemischte Wohngebiete, ein Markenzeichen der europäischen Stadt. Eine schleichende Aufspaltung in exklusive Stadtteile und solche, wo sich die Problemlagen ballen, kann sich eine Gesellschaft nicht leisten. Wie sollen Kinder aus stigmatisierenden Wohngebieten sich frei entfalten können? Wie sollen Migrantenkinder deutsch lernen, wenn es in ihrem Umfeld kaum deutsche Kinder gibt? Zu unserer Stadtgesellschaft gehören alle: Jung und Alt, Alteingesessene und Migranten, Gutsituierte und solche, die Mühe haben, ihr Leben zu bewältigen. Stuttgart soll eine Stadt bleiben, in der die unterschiedlichsten Menschen in guter Nachbarschaft zusammenleben. Das von uns initiierte „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ wird dies kräftig unterstützen.

■ Dr. Roswitha Blind

Bessere Beteiligung: Bürgerhaushalt für Stuttgart

Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist in aller Munde. Nicht allein, aber besonders an den Protesten gegen Stuttgart 21 ist deutlich geworden, dass die Bürgerschaft mehr unmittelbaren Einfluss auf wichtige demokratische Prozesse und Entscheidungen nehmen will, als dies bloß alle vier, fünf Jahre im Rahmen von Wahlen zu tun.

Ein bekanntes und bewährtes Instrument dazu – gerade in Großstädten – ist der so genannte Bürgerhaushalt. Das 1989 in Porto Alegre in Brasilien erstmals praktizierte Verfahren bei den kommunalen Haushaltsberatungen hat sich inzwischen weltweit verbreitet und wird in verschiedenen Ausprägungen auch in zahlreichen Städten in Deutschland angewandt. Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, Essen und viele andere sind bereits auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung mittels eines Bürgerhaushalts. So hat zum Beispiel die Stadtratsfraktion der SPD in Frankfurt ein anspruchsvolles Konzept entwickelt – und in Köln liegen bereits mehrjährige Erfahrungen mit einem vor allem internetbasierten Verfahren vor.

Auch die SPD in Stuttgart möchte die Menschen stärker an den haushaltspolitischen Weichenstellungen beteiligen. Wir haben deshalb im Rathaus einen Antrag eingebracht, der schon für die kommenden Beratungen zum Doppel-



Copyright: Uwe Steinbrich / photo.de
Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalt.

haushalt 2012/13 die Einführung eines Bürgerhaushalts unter repräsentativer Beteiligung aller sozialen Gruppen in der Landeshauptstadt vorsieht. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement durch Teilhabe fördern, Transparenz und Verständnis für politische Vorgänge unterstützen, die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt stärken, die öffentliche Auseinandersetzung über Prioritäten in der Stadtentwicklung befördern – und, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wissen zu Partnern im Verwaltungshandeln werden.

Wir freuen uns, dass sowohl der noch amtierende Oberbürgermeister, als auch andere Fraktionen im Gemeinderat ihre grundsätzliche Unterstützung zugesagt haben. Aber schließlich haben sie sich ja auch gerade in letzter Zeit verbal für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht. Wir nehmen sie jetzt gerne beim Wort.

■ Andreas Reißig

